

Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Mittwoch, 13.03.2019,
19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

Anwesend:

Ratsvorsitzende:	Hannelore Schneider
1. stellv. Ratsvorsitzende:	Dr. Susanne Engstler
2. stellv. Ratsvorsitzender:	Jost Etzold
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
stellv. Bürgermeister:	Rudolf Böcker
	Peter Nieraad
	Raimund Recksiedler
Ratsmitglieder:	Klaus Ahlers
	Sascha Biebricher
	Heinz Peter Boyken
	Cordula Breitenfeldt (von TOP 4 bis TOP 6.2.1.1)
	Dirk Brumund
	Tina Nicole Brun
	Jürgen Bruns (ab TOP 6.1.1.1)
	Sigrid Busch
	Hergen Eilers
	Karl-Heinz Funke (nicht zu TOP 8.1)
	Dominik Helms
	Leo Klubescheidt
	Malte Kramer
	Lars Kühne
	Sabine Kundy (von TOP 4 bis TOP 6.2.1.1)
	Walter Langer
	Alfred Müller
	Axel Neugebauer
	Timo Onken
	Cornelia Papen
	Georg Ralle
	Bernd Redeker
	Jörg Weden
	Alexander Westerman
von der Verwaltung:	Wilfried Alberts
	Thomas Besse
	Olaf Freitag
	Dirk Heise
	Jörg Kreikenbohm
	Jens Neumann
	Christian Nicklas
	Johann Taddigs

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**
- 2 **Feststellung der Tagesordnung**
- 3 **Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 20.12.2018**
- 4 **Einwohnerfragestunde**
- 5 **Ehrung (15-jährige Ratszugehörigkeit Walter Langer)**
- 6 **Berichte und Anträge der Ausschüsse**
 - 6.1 **Verwaltungsausschuss vom 31.01.2019**
 - 6.1.1 **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 22.01.2019**
 - 6.1.1.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 212 C (Deichhörn-Mitte) - Beschluss des Durchführungsvertrages
Vorlage: 004/2019
 - 6.1.1.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 212 C (Deichhörn-Mitte) - Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 005/2019
 - 6.2 **Verwaltungsausschuss vom 14.02.2019**
 - 6.2.1 **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 05.02.2019**
 - 6.2.1.1 Biosphärenreservat Niedersächsisches Wattenmeer; hier: Teilnahme am Vorbereitungsprozess zur Entwicklungszone
Vorlage: 024/2019
 - 6.2.2 **Anträge an den Rat der Stadt Varel**
 - 6.2.2.1 Einstellung und Berufung einer Gleichstellungsbeauftragten
Vorlage: 017/2019/1
 - 6.2.2.2 Sachspenden des Fördervereins „Freibad am Bäker e. V.“ für das Freibad der Stadt Varel
Vorlage: 042/2019
 - 6.2.2.3 Spende des Vereins "Freunde und Förderer der Georg-Ruseler-Grundschule Obenstrohe e. V." für die Grundschule Obenstrohe
Vorlage: 044/2019
 - 6.2.2.4 Sachspenden des Vereins zur Förderung der Feuerwehr in der Stadt Varel e. V. für die Ortswehr Varel
Vorlage: 045/2019
 - 6.3 **Verwaltungsausschuss vom 07.03.2019**
 - 6.3.1 **Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales vom 12.02.2019**
 - 6.3.1.1 Trägerschaft der geplanten Kindertagesstätte Büppel
Vorlage: 041/2019

6.3.2 Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport vom 18.02.2019

- 6.3.2.1 Sportstättenentwicklungskonzept der Stadt Varel
Vorlage: 051/2019

6.3.3 Anträge an den Rat der Stadt Varel

- 6.3.3.1 Beschluss über den Jahresabschluss des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2017; Beschluss über die Entlastung des Vorstandes und über die Behandlung des Jahresergebnisses
Vorlage: 048/2019
- 6.3.3.2 Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2019
Vorlage: 065/2019
- 6.3.3.3 Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2019; hier: notwendige Änderung des Nachtragshaushalts
Vorlage: 033/2019/1
- 6.3.3.4 Grundsatzbeschluss zur Gründung des Eigenbetriebes „Wohnungswirtschaft der Stadt Varel“
Vorlage: 349/2018/1

7 Mitteilungen des Bürgermeisters

8 Anträge und Anfragen

- 8.1 Resolutionsantrag der Gruppe G6 "Seenotrettung ermöglichen und unterstützen"

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates

Ratsvorsitzende Schneider eröffnet um 19.00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Sie begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

Sie stellt fest, dass die Ratsherren Bektas und Kliegelhöfer entschuldigt fehlen.

2 Feststellung der Tagesordnung

Ratsvorsitzende Schneider stellt die Tagesordnung fest.

Die Tagesordnung wird einvernehmlich um TOP 8.1 (Resolutionsantrag der Gruppe G6 „Seenotrettung ermöglichen und unterstützen“) ergänzt.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 20.12.2018

Der öffentliche Teil des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 20.12.2018 wird einstimmig genehmigt.

4 Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner bedauert es, dass während der Friday for Future-Demonstration am vergangenen Freitag weder Vertreter der Verwaltung noch Vertreter des Rates ein Gespräch mit den Schülern gesucht haben.

Bürgermeister Wagner führt aus, dass es ihm wegen anderer terminlicher Verpflichtungen nicht möglich war, mit den Schülern zu sprechen. Außerdem weist er darauf hin, dass die Mitglieder des Rates neben ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit auch noch andere Verpflichtungen haben, z. B. berufliche. Er stellt fest, dass die Demonstration gleichwohl wahrgenommen worden ist.

Von einem Einwohner wird darauf hingewiesen, dass es bereits heute eine Vielzahl von Vorschriften gibt, die Bürger und Grundstückseigentümer in ihren Rechten bzw. Möglichkeiten beschneiden. Eine Erweiterung des Biosphärenreservats Niedersächsisches Wattenmeer führt seines Erachtens zu weiteren Verlusten von Bürger- und Eigentümerrechten. Er plädiert dafür, dass Heft des Handelns keinesfalls aus der Hand zu geben.

Ein anderer Einwohner führt aus, dass sich Vögel, die sich früher überwiegend außendeichs aufhielten, nunmehr binnendeichs grasen und brüten. Diese Entwicklung bedeutet eine Belastung der Landwirte, die diese Flächen bewirtschaften. Er spricht sich insoweit gegen die Aufnahme von Gesprächen mit der Nationalparkverwaltung aus.

Auf die Frage eines Einwohners, ob es bekannt ist, dass das Bundesumweltministerium an einem Entwurf zur Verschärfung der Vorschriften für die UNSECO-Biosphärenreservate arbeitet, antwortet Bürgermeister Wagner, dass es bei dem heutigen Beschluss zunächst darum geht, ob überhaupt Gespräche mit der Nationalparkverwaltung geführt werden sollen.

Ein Einwohner sieht in einer Ablehnung der Gespräche eine Gelegenheit, um deutlich zu machen, dass nicht alles was von oben, z. B. von der Europäischen Union, entschieden wird, auch von den Bürgern vor Ort begrüßt wird.

Ein anderer Einwohner sieht keine Notwendigkeit Gespräche mit der Nationalparkverwaltung zu führen. Er kann derzeit keine Probleme erkennen, die solche Gespräche erfordern würden. Er fürchtet, dass in solchen unnötigen Gesprächen, ähnlich wie in einem Mediationsverfahren, ohne Not Kompromisse eingegangen werden könnten.

Bürgermeister Wagner führt aus, dass die heute angesprochenen Bedenken und Befürchtungen im Rahmen der möglichen Gespräche mit der Nationalparkverwaltung erörtert werden könnten.

Eine Einwohnerin hält es für sinnlose Zeit, Gespräche zu führen, wenn man sich bereits sicher ist, dass man am Ende keinen Beitritt zum Biosphärenreservat wünscht.

5 Ehrung (15-jährige Ratszugehörigkeit Walter Langer)

Bürgermeister Wagner erklärt, dass Ratsherr Langer 15 Jahre dem Rat der Stadt Varel angehört. Er überreicht ihm eine entsprechende Ehrenurkunde der Stadt Varel nachdem er seine Verdienste um das Wohl der Stadt Varel gewürdigt und ihm im Namen des Rates der Stadt Varel Dank und Anerkennung ausgesprochen hat. Außerdem werden Blumen übergeben.

6 Berichte und Anträge der Ausschüsse

6.1 Verwaltungsausschuss vom 31.01.2019

6.1.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 22.01.2019

6.1.1.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 212 C (Deichhörn-Mitte) - Beschluss des Durchführungsvertrages Vorlage: 004/2019

Ratsherr Klubescheidt stellt einen großen Unmut Vareler Bürger gegen die Genehmigung des Bebauungsplanes Nr. 212 C fest. Er erinnert die Mitglieder der Mehrheitsgruppe an ihre Aussagen zum Erhalt des Kursaals, zum Erhalt der Kuranlage, zum Vorrang der Sanierung statt Abriss und zur Regelung des Verkehrs in Dangast. Es ist insoweit nicht verwunderlich, dass eine Zustimmung zu dem Bebauungsplan als Wortbruch gegenüber den Bürgern und als Willfährigkeit gegenüber dem Investor gewertet wird.

Er bezieht sich auf einen Zeitungsbericht der Nordwest-Zeitung vom 06.03.2019 und beklagt das Fehlen von Messergebnissen zur PCB-Belastung in einem Gutachten zur Kontamination der Sandkuhle in Dangast.

Ratsfrau Busch führt aus, dass sie ein grundsätzliches Problem mit der Vorgehensweise bei der Vorbereitung dieses Beschlusses hat und daher nicht zustimmen wird.

Ratsherr Eilers betont, dass es keine Beschlusslage zur Erhaltung des Kursaals gibt. Im Übrigen kann er kein fehlerhaftes Verhalten der Mehrheitsgruppe erkennen.

Versuche, eine Bebauung der Sandkuhle verhindern zu wollen, bezeichnet er als falschen Weg.

Beschluss:

Der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 22.01.2019 anliegende Durchführungsvertrag für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 212 C wird beschlossen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 17 Nein: 14

**6.1.1.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 212 C (Deichhörn-Mitte) - Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 005/2019**

Ratsherr Biebricher weist darauf hin, dass die Gruppe G6 mit E-Mail vom 20.02.2019 eine Änderung der Abwägungsvorschläge beantragt hat. Diese Änderung ist von der Verwaltung in der anliegenden Fassung der Abwägungsvorschläge berücksichtigt worden.

Beschluss:

Die anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 22.01.2019 anliegende vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 212 C nebst Begründung sowie die Vorhaben- und Erschließungsplanung werden als Satzung beschlossen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 17 Nein: 14

6.2 Verwaltungsausschuss vom 14.02.2019

6.2.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 05.02.2019

**6.2.1.1 Biosphärenreservat Niedersächsisches Wattenmeer; hier: Teilnahme am Vorbereitungsprozess zur Entwicklungszone
Vorlage: 024/2019**

Ratsherr Funke ist davon überzeugt, dass das, was die Nationalparkverwaltung als einen Entwicklungsprozess bezeichnet, an dem die Kommunen teilhaben sollen, in eine ganz bestimmte Richtung gehen soll. Keinesfalls sind Lockerungen von Auflagen zu erwarten, vielmehr wird es um Einengungen und Eingrenzungen gehen. Insoweit handelt es sich um keine lockeren Gespräche, sondern diese Gespräche sind konkret und zielgerichtet. Schließlich geht es, so steht auch im Beschlussvorschlag, um Beratungen zur Ausgestaltung der Entwicklungszone für das Biosphärenreservat Niedersächsisches Wattenmeer. Solche Gespräche ergeben seines Erachtens aber keinen Sinn, wenn eine wirt-

schaftliche Entwicklung in der Stadt Varel gewollt ist, das betrifft die Landwirtschaft aber auch den Tourismus, das Gewerbe und die Industrie.

Er spricht sich dafür aus, bei allen Entscheidungen stets zu prüfen, ob dadurch Eigentumsrechte beschränkt werden. Eigentum bedeutet immer auch persönliche Freiheit. Er vermisst in der Diskussion um den Umwelt- und Naturschutz eine angemessene Anerkennung von Leistungen, die z. B. von den Landwirten bereits heute freiwillig erbracht werden.

Er erklärt für die Fraktion ZUKUNFT VAREL, dass man Gespräche über Entwicklungsziele ablehnt.

Abschließend stellt er fest, dass immer dann, wenn Flächen mit Auflagen versehen werden, die finanziellen Belastungsmöglichkeiten für solche Grundstücke sinken. Diese Entwicklung bedeutet für landwirtschaftliche Betriebe mit Fremdkapitalbedarf eine nicht zu unterschätzende Belastung.

Ratsherr Biebricher führt aus, dass es um Gespräche zum Schutz unserer Lebensgrundlagen und unserer Kulturlandschaft geht. Aus diesen Gesprächen kann jederzeit ausgetreten werden und immer dann, wenn es um die Planungshoheit der Stadt geht, kann man auch Nein sagen. Insoweit spricht er sich für einen Dialog mit der Nationalparkverwaltung aus, um vorhandene Chancen zu nutzen.

Ratsherr Klubescheidt hält die Gespräche für einen Baustein zur planerischen Fremdbestimmung und lehnt sie daher ab.

Ratsherr Helms erinnert daran, dass die Küstenbewohner ein besonderes Interesse an der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen haben sollten. Er spricht sich für die Aufnahme von Gesprächen aus. Sie sollten auch genutzt werden um die berechtigten Interessen der Landwirtschaft zu wahren.

Ratsherr Eilers ist der Ansicht, dass eine Entwicklungszone eher hinderlich für die wirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten der Stadt Varel sein könnte. Die Ökologie würde zum prägenden Leitgedanken und es würden weitere Hürden aufgebaut. Bereits heute genießen etwa 30% der Flächen einen besonderen Schutzstatus.

Die CDU-Fraktion hält die Stadt Varel schon von ihrer wirtschaftlichen Struktur her für ungeeignet einem Biosphärenreservat beizutreten und lehnt daher auch die Aufnahme von Gesprächen ab. Solche Gespräche machen keinen Sinn, wenn nicht wirklich eine Absicht besteht, sich späteren Regelungen auch tatsächlich unterwerfen zu wollen.

Ratsfrau Papen bedauert es, dass nicht schon im Vorfeld Gespräche mit verschiedenen Gruppen, z. B. auch der Landwirtschaft, geführt worden sind. Sie geht davon aus, dass die Gespräche mit der Nationalparkverwaltung tatsächlich ergebnisoffen sind und kündigt an, der Aufnahme von Gesprächen zuzustimmen. Sie betont jedoch, dass damit keinesfalls eine Entscheidung über ein Ja oder Nein zu einem Beitritt zur Entwicklungszone verbunden ist.

Ratsfrau Busch wird der Aufnahme von Gesprächen zustimmen. Auch sie weist darauf hin, dass damit noch keine Entscheidung über ein Ja oder Nein zu einem Beitritt zur Entwicklungszone verbunden ist. Für sie ist es wichtig, zunächst einmal zu hören, wie die Entwicklungszone aussehen bzw. gestaltet werden soll. Gleichwohl ist es ihr auch wichtig, alle Gegenstimmen ernst zu nehmen.

Vor dem Hintergrund der Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Varel ist Ratsherr Etzold gegen einen Beitritt zur Entwicklungszone. Daher kann man sich seines Erachtens auch die angedachten Gespräche sparen.

Ratsherr Langer spricht sich für eine Teilnahme an den Gesprächen aus. Er ist der Auffassung, dass man nur so Einfluss auf die Gestaltung der Entwicklungszone nehmen kann. Wer jetzt Gespräche ablehnt, der muss sich möglicherweise später fragen lassen, warum er sich nicht geäußert habe.

Bürgermeister Wagner begrüßt es, dass die anwesenden Landwirte ihre Bedenken und Ängste so deutlich zum Ausdruck gebracht haben. Er möchte die Möglichkeit nutzen und diese Sorgen in Gespräche mit der Nationalparkverwaltung einbringen. Er behält sich vor, nach den Gesprächen einen Beitritt zur Entwicklungszone möglicherweise auch abzulehnen.

Ratsherr Bruns stellt fest, dass es angesichts einer Vielzahl von unterschiedlichen Interessenlagen bei diesem Thema keine einheitliche Position der Stadt Varel geben kann. Er befürchtet, dass die angedachten Gespräche in Vorgaben münden werden, die den Rat der Stadt Varel in seinen Entscheidungen einengen könnten. Er kündigt daher an, gegen die Aufnahme dieser Gespräche zu stimmen.

Beschluss:

Die Stadt Varel nimmt an den Beratungen zur Ausgestaltung der Entwicklungszone für das Biosphärenreservat Niedersächsisches Wattenmeer teil. Eine entsprechende Interessenbekundung wird der Nationalparkverwaltung zugeleitet.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen

Ja: 10 Nein: 21

6.2.2 Anträge an den Rat der Stadt Varel

**6.2.2.1 Einstellung und Berufung einer Gleichstellungsbeauftragten
Vorlage: 017/2019/1**

Beschluss:

Frau Bettina Körk wird zum 01.06.2019 als Gleichstellungsbeauftragte mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 19,5 Stunden eingestellt.
Frau Körk wird zur Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Varel berufen.

Einstimmiger Beschluss

Ja: 28 Enthaltungen: 1

**6.2.2.2 Sachspenden des Fördervereins „Freibad am Bäker e. V.“ für das Freibad der Stadt Varel
Vorlage: 042/2019**

Beschluss:

Der Annahme von Sachspenden des Fördervereins „Freibad am Bäker Varel

e. V.“ im Wert von insgesamt 11.424,46 € für das Freibad der Stadt Varel wird zugestimmt.

Einstimmiger Beschluss

6.2.2.3 Spende des Vereins "Freunde und Förderer der Georg-Ruseler-Grundschule Obenstrohe e. V." für die Grundschule Obenstrohe Vorlage: 044/2019

Beschluss:

Der Annahme einer Geldspende des Vereins „Freunde und Förderer der Georg-Ruseler-Grundschule Obenstrohe e. V.“, Varel, in Höhe von 7.447,27 € für die Grundschule Obenstrohe wird zugestimmt.

Einstimmiger Beschluss

6.2.2.4 Sachspenden des Vereins zur Förderung der Feuerwehr in der Stadt Varel e. V. für die Ortswehr Varel Vorlage: 045/2019

Beschluss:

Der Annahme von Sachspenden des Vereins zur Förderung der Feuerwehr in der Stadt Varel e. V. im Wert von insgesamt 6.989,51 € für die Ortswehr Varel wird zugestimmt.

Einstimmiger Beschluss

6.3 Verwaltungsausschuss vom 07.03.2019

6.3.1 Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales vom 12.02.2019

6.3.1.1 Trägerschaft der geplanten Kindertagesstätte Büppel Vorlage: 041/2019

Die Ratsherren Langer und Recksiedler erklären, dass sie sich enthalten werden.

Beschluss:

Der Betrieb der geplanten Kindertagesstätte in Büppel erfolgt in Trägerschaft der Stadt Varel.

Dem Antrag des Diakonisches Werkes Varel e. V. auf Übertragung der Träger-

schaft für die geplante Kindertagesstätte in Büppel wird daher nicht entsprochen.

Einstimmiger Beschluss
Ja: 27 Enthaltungen: 2

6.3.2 Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport vom 18.02.2019

6.3.2.1 Sportstättenentwicklungskonzept der Stadt Varel Vorlage: 051/2019

Ratsherr Boyken ist der Ansicht, dass die Stadt Varel bereits mit der von Herrn Kai Langer erstellten Sportentwicklungsplanung über eine solide Grundlage verfügt, um ihre vorhandenen Sportstätten renovieren oder weiterentwickeln zu können. Er wünscht sich qualitativ gute Sportanlagen für die Vareler Sportvereine, lehnt aber das vorgelegte Sportstättenentwicklungskonzept aus mehreren Gründen ab. Die vorhandenen Sportstätten sind weitestgehend in Ordnung, sie bedürfen lediglich einer besseren Pflege. Die finanzielle Umsetzbarkeit des Sportstättenentwicklungskonzeptes ist keinesfalls gesichert. Er hält die Errichtung einer für Kreismeisterschaften geeigneten Leichtathletikanlage mit sechs Laufbahnen für nicht notwendig. Solche Kreismeisterschaften des NLV Kreises Ammerland-Friesland können auf den Sportanlagen in Ofen, Westerstede oder Schortens ausgetragen werden.

Die in dem Sportstättenentwicklungskonzept enthaltenen Entwürfe für eine städtebauliche Entwicklung des Waldstadions erwecken aus seiner Sicht den Eindruck, dass die Planungen für einen Sport- und Bürgerpark schon sehr konkret sind.

Ratsfrau Busch stellt fest, dass der Beschlussvorschlag die Bildung von Arbeitskreisen vorsieht, in denen über die Zukunft der einzelnen Sportstätten beraten werden soll. Dementsprechend steht das Waldstadion derzeit nicht zur Disposition. Sie hofft auf gute Gespräche in den Arbeitskreisen und wird der Beschlussvorlage insoweit zustimmen.

Ratsfrau Papen hält den Begriff Sportstättenentwicklungskonzept für unangebracht. Aus ihrer Sicht handelt es sich lediglich um eine Bestandsaufnahme bzw. Zusammenstellung von Daten. Sie ist keinesfalls gegen die Errichtung einer modernen Sportanlage, die den Anforderungen und Wünschen der Sportvereine gerecht wird. Da aber zu viele Fragen nicht geklärt sind, wird sie gegen die Beschlussvorlage stimmen.

Ratsfrau Dr. Engstler verweist auf Ziffer 2.1 des Sportstättenentwicklungskonzeptes und stellt fest, dass sich das Sportstättenentwicklungskonzept als konzeptionelle Planungsgrundlage versteht. Es soll Grundlage für künftige investive Maßnahmen zur Erhaltung, Schließung oder den Neubau von Sportstätten sein. Es trifft Aussagen über erforderliche quantitative und qualitative Veränderungen in Bezug auf das aktuelle Sportangebot in der Stadt Varel. Diese Aussagen sind Empfehlungen. Die Umsetzung des Sportstättenentwicklungskonzeptes wird von politischen Entscheidungen und den finanziellen Möglichkeiten der Stadt Varel sowie weiteren zukünftigen Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten abhängig sein.

Sie stellt fest, dass das Sportstättenentwicklungskonzept in enger Verzahnung mit

der Sportentwicklungsplanung des Landkreises Friesland entstanden ist. Es benennt die Schwachpunkte aller öffentlichen Sportanlagen und weist im Detail den Sanierungsbedarf aus.

Sie geht auf die zu bildenden Arbeitskreise ein und betont, dass die dort auszuarbeitenden Handlungsempfehlungen jeweils den Gremien der Stadt Varel zur Beratung und Entscheidung vorgelegt werden sollen. Aus ihrer Sicht stellt das Sportstättenentwicklungskonzept eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung der Sportstätten in Varel dar.

Ratsherr Bruns erinnert an den etwa zehn Jahre alten Wunsch, einen Kunstrasenplatz in Varel zu schaffen. Aus verschiedenen Gründen ist eine Umsetzung gescheitert, so dass man sich schließlich entschieden hat, ein Sportstättenentwicklungskonzept auf den Weg zu bringen. Er stellt fest, dass zum damaligen Zeitpunkt von Fördermitteln keine Rede war. Zukünftig könnten Fördermittel aber eine beschleunigte Umsetzung des Sportstättenentwicklungskonzeptes bewirken.

Ratsfrau Busch stellt fest, dass mit dem heutigen Beschluss noch keine Entscheidung über einen Fortbestand des Waldstadions getroffen wird. Ihr ist es wichtig, dass in den Arbeitskreisen nicht nur die Sichtweise der Sportvereine diskutiert wird, sondern dass auch die Interessen der vereinsfreien Sportler und der Schulen berücksichtigt werden.

Ratsherr Weden betont, dass die Arbeitsgemeinschaft der Vareler Sportvereine in einer Stellungnahme vom Januar 2019 erklärt hat, die Ergebnisse des Sportstättenentwicklungskonzeptes mitzutragen. Er begrüßt diese Einigkeit der Vareler Sportvereine.

Ratsherr Funke erklärt für die Fraktion ZUKUNFT VAREL, dass man dem Sportstättenentwicklungskonzept mehrheitlich zustimmen wird. Er führt weiter aus, dass Ratsherr Boyken seine Bedenken bei allen Beratungen immer wieder zum Ausdruck gebracht hat und dass das Sportstättenentwicklungskonzept in der Sportlerszene keineswegs so unumstritten ist, wie es heute dargestellt worden ist.

Bürgermeister Wagner freut sich auf eine gute Zusammenarbeit in den Arbeitskreisen mit den Vereinen und den Schulen.

Beschluss:

1. Das Sportstättenentwicklungskonzept wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport vom 18.02.2019 anliegenden vorläufigen Fassung beschlossen.
2. Ausgehend von der vorläufig beschlossenen Fassung wird die Verwaltung beauftragt,
 - die im Sportstättenentwicklungskonzept genannten Arbeitskreise unter Einbeziehung jeweils eines Vertreters einer Gruppe zu bilden;
 - die Empfehlungen/Hinweise aus dem Sportstättenentwicklungskonzept mit den Arbeitskreisen weiter zu diskutieren und in Handlungsempfehlungen für jede Sportstätte einfließen zu lassen;
 - die Handlungsempfehlungen werden in den betroffenen Fachausschüssen beraten und in die jährlichen Haushaltsberatungen aufgenommen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 26 Nein: 3

6.3.3 Anträge an den Rat der Stadt Varel

6.3.3.1 Beschluss über den Jahresabschluss des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2017; Beschluss über die Entlastung des Vorstandes und über die Behandlung des Jahresergebnisses Vorlage: 048/2019

Beschluss:

Der Jahresabschluss des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2017 wird beschlossen. Dem Vorstand wird vorbehaltlos Entlastung erteilt. Der ausgewiesene Jahresüberschuss per 31.12.2017 in Höhe von 53.181,49 € ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Einstimmiger Beschluss

6.3.3.2 Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2019 Vorlage: 065/2019

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2019 wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 07.03.2019 anliegenden Fassung beschlossen. Die Finanzplanung für den Planungszeitraum 2020 bis 2022 wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmiger Beschluss

6.3.3.3 Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2019; hier: notwendige Änderung des Nachtragshaushalts Vorlage: 033/2019/1

Beschluss:

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2019 sowie das Investitionsprogramm in der 1. Nachtragsfassung werden in der dem Protokoll über die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 07.03.2019 anliegenden Fassung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

**6.3.3.4 Grundsatzbeschluss zur Gründung des Eigenbetriebes „Wohnungswirtschaft der Stadt Varel“
Vorlage: 349/2018/1**

Ratsherr Müller führt aus, dass die Fraktion ZUKUNFT VAREL den Beschlussvorschlag in dieser Form nicht mittragen wird. Er stellt fest, dass vor vier Jahren ein Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL auf Mietpreiserhöhungen zu verzichten und ein Sanierungskonzept für die städtischen zu erstellen, mehrheitlich abgelehnt worden ist.

Die frühzeitige Festlegung auf einen Eigenbetrieb als einzig mögliche Organisationsform wird von ihm abgelehnt.

Ratsherr Biebricher vertritt die Auffassung, dass sich jemand nachhaltig um die Sanierung der städtischen Wohnungen kümmern muss. Mit der Schaffung eines Eigenbetriebes soll sichergestellt werden, dass Mieteinnahmen kontinuierlich in die Wohnungen reinvestiert werden.

Ratsherr Eilers begrüßt die Errichtung eines Eigenbetriebes als eine abgegrenzte Einheit, in der man sich permanent mit dem Thema beschäftigt. Die Idee ist, professioneller und besser zu werden.

Ratsfrau Busch führt aus, dass die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum ein wichtiges Thema ist. Die Gruppe G6 will das vorgeschlagene Projekt kritisch begleiten und mitgestalten.

Ratsherr Müller erwartet eine ökonomische Ausrichtung des geplanten Eigenbetriebes und fürchtet, dass soziale Aspekte sehr schnell unter die Räder geraten könnten. Sollte der Eigenbetrieb ein Minus erwirtschaften, dann wird es darum gehen, Wohnungen auf dem freien Markt zu verkaufen. Er hat die Sorge, dass mit einem Eigenbetrieb ein Schritt zur Privatisierung gemacht wird, was irgendwann bedeuten wird, dass weniger Wohnungen für soziale schwache Mieter zur Verfügung stehen.

Ratsfrau Papen hat die Sorge, dass die sozialen Aspekte zu wenig Berücksichtigung finden, wenn die Wohnungswirtschaft in einen Eigenbetrieb überführt wird. Außerdem betrachtet sie die Bündelung der Verantwortung durch die geplante Besetzung der Leitung des Eigenbetriebes sehr kritisch. Sie wird der Beschlussvorlage daher nicht zustimmen.

Ratsherr Bruns findet die Äußerungen des Ratsherrn Müller populistisch. Es ist aus seiner Sicht unverschämte, mit den Ängsten von Menschen zu spielen und den Eindruck zu erwecken, als sei ein Verkauf von städtischen Wohnungen zu erwarten. Er erinnert an die in der letzten Sitzung des Rates zu diesem Thema geführte Diskussion und stellt fest, dass die heute zur Abstimmung stehende Beschlussvorlage inhaltlich entsprechend angepasst worden ist.

Ratsherr Etzold führt aus, dass Herr Taddigs in seiner Funktion als Kurdirektor wirtschaftliches Geschick bewiesen hat und seines Erachtens auch einen Vertrauensvorschuss verdient, wenn es darum geht, über die Leitung des geplanten Eigenbetriebes zu entscheiden.

Ratsherr Funke bezieht sich auf die Antworten der Verwaltung zu den Fragen der Gruppe G6. Er wundert sich darüber, dass offenbar bereits entschieden ist, dass Herr Taddigs die Leitung des Eigenbetriebes übernehmen wird.

Von mehreren Ratsmitgliedern wird darauf hingewiesen, dass es sich um eine Antwort der Verwaltung handelt. Über die Besetzung der Leitungsposition wird zu gegebener Zeit in den Gremien des Rates beraten und entschieden.

Bürgermeister Wagner stellt fest, dass in der Antwort die Auffassung der Verwaltung wiedergegeben wird und damit einer politischen Entscheidung nicht vorgegriffen wird.

Er bezieht sich auf die Ausführungen des Ratsherrn Müller und bezeichnet die von ihm geäußerten Befürchtungen als das Schüren von Ängsten auf niedrigem Niveau.

Beschluss:

Grundsatzbeschluss:

Die Verwaltung der Stadt Varel wird beauftragt, die notwendigen Grundlagen zur Gründung eines Eigenbetriebes „Wohnungswirtschaft der Stadt Varel“ zu erstellen.

Zur Erstellung einer Satzung und zur Gründung eines Eigenbetriebes „Wohnungswirtschaft der Stadt Varel“ sind zusätzliche Beschlüsse notwendig, zu deren Entwicklung eine interfraktionelle Projektgruppe zu installieren ist. Die Beratung zur Konstituierung des Eigenbetriebes mit den notwendigen Konkretisierungen zu inhaltlichen und organisatorischen Fragestellungen soll kurzfristig beginnen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 21 Nein: 8

7 Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Wagner teilt mit, dass er sich in der Zeit vom 17.03.2019 bis zum 08.04.2019 im Urlaub befindet.

8 Anträge und Anfragen

8.1 Resolutionsantrag der Gruppe G6 "Seenotrettung ermöglichen und unterstützen"

Bürgermeister Wagner führt aus, dass die Gruppe G6 mit Schreiben vom 04.10.2018 den anliegenden Antrag auf Verabschiedung einer Resolution zu dem Thema „Seenotrettung ermöglichen und unterstützen - Sterben im Mittelmeer bekämpfen - in Not geratene Menschen aufnehmen“ gestellt hat.

Ratsherr Westerman begründet den Antrag und zitiert auszugsweise die Satzungen der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger und der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft.

Für den Ratsherrn Bruns stellt sich die Frage, welche Resolutionen zu welchen Themen im Rat der Stadt Varel beraten werden sollen. Er hält es für problematisch, Resolutionen zu weltpolitischen Themen zu behandeln. Der Antrag ist aus seiner Sicht inhaltlich nachvollziehbar, er hält aber eine Verabschiedung einer

solchen Resolution aus den genannten Gründen für bedenklich. Er bittet die Gruppe G6 zu überdenken, ob sie den Antrag zur Abstimmung stellen möchte.

Ratsherr Kühne teilt die Auffassung des Ratsherrn Bruns und sieht die Grenzen des Verantwortungsbereiches des Rates der Stadt Varel überschritten.

Ratsherr Weden kündigt an, dem Antrag zuzustimmen. Zugleich weist er darauf hin, dass die Anzahl der im Rat der Stadt Varel zu behandelnden Resolutionen auf keinen Fall überhandnehmen darf.

Ratsherr Müller führt aus, dass die Fraktion ZUKUNFT VAREL der Auffassung ist, dass dieses kein Thema ist, mit dem sich der Rat der Stadt Varel beschäftigen sollte. Für den Fall, dass es zu einer Abstimmung kommen sollte, wird man dagegen stimmen.

Ratsfrau Dr. Engstler hält es für bedenklich, wenn sich der Rat der Stadt Varel mit zu vielen Resolutionen beschäftigt. In diesem besonderen Fall wird sie dem Antrag jedoch zustimmen.

Ratsherr Eilers schließt sich den Ausführungen des Ratsherrn Bruns an. Er erinnert an die im Herbst 2018 bei Dangast gebildete Menschenkette, mit der auf die im Mittelmeer ertrunkenen Bootsflüchtlinge aufmerksam gemacht worden ist, und gratuliert den Organisatoren zu dieser Aktion. Seines Erachtens ist es notwendig, den Menschen vor Ort zu helfen um sie in die Lage zu versetzen, sich dort ein Leben aufbauen zu können.

Ratsherr Langer hat in den 15 Jahren seiner Ratszugehörigkeit noch keine Flut von Resolutionsanträgen ausmachen können. Insoweit teilt er diese Bedenken nicht. Aus seiner Sicht muss sich ein jeder für die in dem Antrag geschilderte Situation mitverantwortlich fühlen, so dass es gute Gründe gibt zuzustimmen.

Ratsfrau Busch führt für die Gruppe G6 aus, dass der Antrag durchaus mit Bedacht gestellt worden ist. Mit der Resolution könnte den betroffenen Menschen eine Stimme gegeben werden.

Ratsherr Boyken stimmt dem Antrag inhaltlich zu. Gleichwohl ist er der Ansicht, dass sich der Rat der Stadt Varel, schon aus kommunalverfassungsrechtlichen Gründen, nicht mit weltpolitischen Themen beschäftigen darf.

Ratsherr Müller bittet die Gruppe G6 zu überdenken, ob sie den Antrag zur Abstimmung stellen möchte.

Ratsherr Westerman erklärt für die Gruppe G6, dass der Antrag aufrechterhalten wird.

Beschluss:

Dem Antrag der Gruppe G6 auf Verabschiedung einer Resolution zu dem Thema „Seenotrettung ermöglichen und unterstützen – Sterben im Mittelmeer bekämpfen – in Not geratene Menschen aufnehmen“ wird zugestimmt.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen

Ja: 12 Nein: 13 Enthaltungen: 3

Um 22.30 Uhr schließt Ratsvorsitzende Schneider die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Hannelore Schneider
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Thomas Besse
(Protokollführer/in)